



**Jörg Hofmann**  
Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg

**„Menschen gewinnen“**

**Mündlicher Geschäftsbericht zur 59. Ordentlichen Bezirkskonferenz  
der IG Metall Baden-Württemberg**

**Karlsruhe, 11. Juli 2008**

**Sperrfrist: Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Menschen gewinnen – gewinnen für eine solidarische Interessenspolitik der abhängig Beschäftigten

und

Menschen gewinnen – an Sicherheit, an Lebensqualität, an Teilhabe und Selbstbestimmung, wenn sie in unserer IG Metall für die Interessen der abhängig Beschäftigten eintreten.

Dies galt auch uneingeschränkt für den Berichtsraum zwischen unserer letzten Großen Bezirkskonferenz 2004 und heute.

Ökonomisch war diese Periode von einem anhaltenden Aufschwung geprägt. Das Wirtschaftswachstum Baden-Württembergs lag deutlich über dem Deutschlands, aber auch der EU oder der USA. Am Arbeitsmarkt konnten wir aber erst 2006 eine Verbesserung feststellen. Zwischenzeitlich hat sich der Arbeitsmarkt erholt. Im Mai diesen Jahres wurde offiziell eine Arbeitslosenrate von landesweit 3,9% vermeldet. Bundesweit lag die Rate bei 7,5%. Die regionale Streuung ist weiter beachtlich. So meldete im Juni der Landkreis Biberach eine Arbeitslosenrate von 2,1%, in Mannheim betrug sie 7,4%.

Getragen war dieses Wachstum an erster Stelle von der Exportindustrie und damit unseren Branchen. Die Produktion der Metall- und Elektroindustrie wuchs seit 2004 um 25%, der Umsatz um 32%, dagegen die Beschäftigung um ganze 2,4%. Der Rest wurde durch höhere Produktivität, aber auch durch den vermehrten Einsatz von Leiharbeit realisiert. Im Ergebnis stiegen die Nettoerträge um 50%.

Dennoch: Viel zu oft ging dieser Aufschwung an den Menschen vorbei. Trotz boomender Ökonomie nimmt Armut und Prekarität massiv zu. Sowie auch die Umverteilung zwischen Arm und Reich.

„Deutschlands Mitte schrumpft dramatisch – Top-Verdiener legen zu“ –titelte der Spiegel vor einigen Wochen und fuhr zynisch weiter: „Stabil ist die Lage nur ganz unten. Wer einmal dort angelangt ist, hat kaum noch eine Chance , wieder aufzusteigen.“

Dahinter steckt ein Glaubenscredo der politischen und wirtschaftlichen Eliten in diesem Land, das beginnend mit der geistig-moralischen Wende der Ära Kohl, fortgesetzt wurde durch die Agenda-Politik von Rot-Grün, das da heißt: Nur durch mehr Ungleichheit in der Einkommensverteilung, vor allem durch billigere Arbeit und niedrigere Lohnnebenkosten, werden die „Leistungsträger“ in der Gesellschaft zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und zusätzlichem Wachstum animiert. Dieses Modell ist faktisch und real gescheitert, aber noch wird verzweifelt daran festgehalten.

Wir haben ein steigende Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen.

26% der Deutschen haben heute Einkommen die prekär zu nennen sind, nur 20% leben mit Einkommen, die einen gesicherten Wohlstand ermöglichen. Und dazwi-

schen: Die Mittelschicht nimmt dramatisch ab, allein seit 2000 um über 10-Prozentpunkte und 9 von 10 wandern in die Unterschicht. Es ist doch ein Skandal, wenn in einem so reichen Land wie Baden-Württemberg 12% der Bevölkerung armutsgefährdet ist. Und es ist ein noch größerer Skandal, wenn 17% der Kinder in diesem angeblichen Kinderland, und das sind 313.000 Kinderschicksale in Baden-Württemberg, Tag für Tag unter den Einschränkungen wirtschaftlich problematischer Verhältnisse in den Haushalten leben müssen.

Was dies heißt, zeigten die Ergebnisse der Befragung von Haushalten in Baden-Württemberg

Da reicht das Geld nicht aus, wenn mal die Waschmaschine kaputt geht, das reicht nicht für eine Woche Tapetenwechsel im Jahr, da kommt nicht mal jeden zweiten Tag was Gesundes auf den Tisch und gar 14% der armutsgefährdeten Haushalte können ihre Wohnung nicht ordentlich heizen.

Das ist auch gesellschaftliche Realität in der Glitzerwelt des High-tech-Standorts Baden-Württemberg, dem Land der Daimlers, Porsches, SAP's. Und diese Welt, der Armut und Prekarität, reicht längst in unsere Betriebe hinein, Kolleginnen und Kollegen.

Über 11% der Beschäftigungsverhältnisse in der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württembergs sind prekäre Formen der Beschäftigung. Seien es Befristungen, Mini-Jobs, Praktikanten. Nicht hinzugezählt die Tausende, die Tag für Tag, oft unter miserabelsten Arbeitsbedingungen, im Auftrag von Fremdfirmen in die Fabriken kommen.

Die Leiharbeitsbranche ist die Branche die in den letzten Jahren massiv gewachsen ist: Während die Beschäftigung in der baden-württembergischen Wirtschaft insgesamt seit 2002 um 47.500 Personen zurückging, stieg die Zahl der als Leiharbeiter Beschäftigten um 49.500 auf nahezu 90.000.

Wir wollen und können über diese Entwicklung nicht hinwegsehen. Wir fordern hier an erster Stelle die Politik auf.

Weg mit der Zumutbarkeitsklausel der Hartz-Gesetzgebung, die jeden abhängig Beschäftigten, der unverschuldet seinen Arbeitsplatz verliert, auf den Fahrstuhl nach unten setzt !

Und Schluss mit der Förderung prekärer Beschäftigung durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Wir wollen sichere, feste Jobs, unter anständigen Bedingungen !

Es verträgt sich nicht mit unserer Vorstellung einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, wenn Belegschaften geteilt sind in Stammbeschäftigte, Leihbeschäftigte und Fremdbeschäftigte.

Während wir in den Dienstleistungsbereichen, selbst dem öffentlichen Dienst, ein Abgleiten von Teilen der Belegschaften in faktische Armutslöhne hinnehmen mussten, gelang es uns, unsere Stammbeschäftigten, bis dato, weitgehend vor dieser Entwicklung zu schützen.

Die Schlussfolgerung ist nicht die: uns geht's zu gut. Die Botschaft ist die: Nur gewerkschaftliche Kampfkraft schützt vor sozialen Abstieg in einem politischen Umfeld, das nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern der Kampfansage Milton Friedmans folgt, ich zitiere; „Die soziale Verantwortung der Wirtschaft liegt darin, den Profit zu steigern.“

Die Teilung der Gesellschaft in Arm und Reich, in Teilhabe und nicht Teilhabe, setzt sich im Bildungssystem fort. Auch hier ist Baden-Württemberg ein Land der sozialen Selektion.

Ganze 1,6% der Gymnasiasten an allgemein-bildenden Gymnasien stammen aus einem Elternhaus mit Facharbeiterbrief und Hauptschule, aber 60% aus Elternhäusern mit Studium. Und gerade dort, wo Teilhabechancen am ehesten gefördert werden könnten, liegt Baden-Württemberg im schulpolitischen Mittelalter. Beginnend mit der frühkindlichen Erziehung, über fehlende Ganztagesbetreuung, bis zur fehlenden Durchlässigkeit des 3-gliedrigen Schulsystems: Soziale Selektion reproduziert sich Tag für Tag im Bildungswesen dieses Landes.

Man könnte die Beispiele beliebig fortsetzen, wie sich in diesem Land die politischen und Wirtschaftseliten selbst abschotten und die Teilung der Gesellschaft in Klassen sich vertieft.

Dagegen stehen unsere Werte und Ideen, die einer gerechten, demokratischen und sozialen Gesellschaft. Dagegen steht auch als gesellschaftlicher Machtfaktor unsere Kraft der Solidarität in einer starken IG Metall.

Und dies erkennen immer mehr Menschen. Gewerkschaften sind kein Relikt von Gestern. Gewerkschaften sind eine notwendige Gegenmacht.

### **Menschen gewinnen – für solidarisches Handeln !**

Die politischste aller Gewerkschaftsaufgaben ist und bleibt die Mitgliedergewinnung und die Verbesserung unserer Mitgliederbindung.

Dies setzt eine schlagkräftige und sichtbare IG Metall vor Ort voraus.

Die Entwicklung unserer Mitgliederzahlen seit Juni 2004 kann uns nicht zufriedenstellen. Ein Minus von insgesamt 6,4% weniger Mitglieder in 4 Jahren, bedeutet 29.000 Mitkämpfer weniger in unseren Reihen. Diesen Mitgliederverlust konnten wir 2007 deutlich verringern und wir werden 2008 ein ausgeglichenes Ergebnis bei der Gesamtmitgliederzahl erreichen können.

Diese Mitgliederentwicklung traf die Verwaltungsstellen sehr unterschiedlich. 4 Verwaltungsstellen wiesen ein positives Gesamtergebnis auf. Einige Verwaltungsstellen aber auch ein massives Minus.

Insgesamt hatten wir im Vergleichszeitraum einen Verlust von 5,3% bei den betriebsangehörigen Mitgliedern. Massiv traf dies die Betriebe aus den Branchen Holz- und Kunststoff und Textil- und Bekleidung. Eine positive Mitgliederentwicklung weist dagegen das Handwerk aus, mit einem Plus von 9,5%, gespeist insbesondere durch die jüngste KfZ-Tarifrunde.

In der Metall- und Elektroindustrie verloren wir im Zeitraum 5,3% unserer Mitglieder. Schon 2007 konnten wir aber ein fast ausgeglichenes Ergebnis erreichen und 2008 zeigen alle Zeichen auf eine positive Mitgliederentwicklung.

Dennoch: Während wir in den letzten Jahren den Beschäftigungsabbau überproportional in den Mitgliederzahlen verspüren mussten, partizipieren wir nicht ausreichend am Beschäftigungsaufbau.

Die Gründe liegen auf der Hand:

Neueinstellungen finden oft im Bereich der Hochqualifizierten statt, wo es uns traditionell an Zugang fehlt. Dagegen stehen einfache Tätigkeiten weiter unter hohem Druck und werden oft durch prekäre Beschäftigung ersetzt.

Und: Wir haben in den letzten Jahren keinen ausreichenden Zugang zur Jugend gefunden. Das beginnt mit der Werbung der Auszubildenden. Die Organisationsgrade der geworbenen Auszubildenden machen deutlich, welches Potenzial in vielen Verwaltungsstellen hier für eine positive Mitgliederentwicklung steckt.

Kommen wir in diesen zwei Themenfeldern nicht nach vorne, werden wir nachhaltig an Kampfkraft verlieren.

Dies macht jetzt schon ein Blick auf die demographische Entwicklung unserer Mitgliederstruktur deutlich. Verfolgen wir die Altersstruktur bis 2007, sehen wir, dass sich der Berg deutlich nach rechts verschiebt, Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass die deutlichsten Beschäftigungszuwächse in den 70-iger Jahren stattfanden, insoweit spiegelt die Entwicklung der Altersstruktur der Mitglieder, die der gewerblich Beschäftigten wider.

Schreibt man die Zahlen bis 2017 so fort, als würde sich nichts an unserer Mitgliederentwicklung ändern, wird der Handlungsdruck ersichtlich.

Wir brauchen eine deutliche Steigerung der Neuaufnahmen und dies insbesondere bei der Jugend.

Dabei sind wir auf einem guten Weg.

Wir haben in den ersten 6 Monate die Zahl der Neuaufnahmen nochmals um über 15% steigern können und mit über 11.000 Neuaufnahmen ein wirklich gutes Ergebnis erzielt.

Hinter dieser Zahl steht ein riesiges Engagement in vielen Betrieben.

Ich will nur einige stellvertretend nennen:

Für unsere Großbetriebe Audi:

Hier wurde der Organisationsgrad nochmals auf nun über 95% gesteigert. Auch Dank 612 neuer Mitglieder in den letzten 12 Monaten.

Für unsere mittleren Betriebe Knecht, heute Mahle-Filter in Lorch:

Trotz Beschäftigungsabbau konnte die Mitgliederzahl und damit der Organisationsgrad um 13% auf 95,6% der Belegschaft erhöht werden.

Und für unsere Kleinbetriebe Kannenberg Automobile in Freiburg:  
Auch in einem solchen Kleinbetrieb ist Mitgliederwerbung Ehrensache. 12 Beschäftigte, 11 Mitglieder davon 4 neue in den letzten Monaten. Der Erfolg: Die Firma schwenkt nach langem Widerstand um und sichert eine Tarifbindung auch für die Zukunft zu.

Das ist Klasse Kolleginnen und Kollegen. All den Werbern in diesen Betrieben, wie auch allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in den letzten Monaten für mehr Mitglieder eingesetzt haben, auch von dieser Bezirkskonferenz einen herzlichen Dank. Das macht Mut, das gibt Perspektive !

Klar ist, Mitglieder werden in der Regel von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen geworben. Sie sind es, die den Zugang zu den Beschäftigten haben. Sie sind es, die die IG Metall im Betrieb repräsentieren, sie sind die unverzichtbaren Träger, das Herz dieser IG Metall.

In einer jüngsten repräsentativen Umfrage zur Mitgliederbindung wurden unsere Mitglieder gefragt: Wer repräsentiert für euch die IG Metall, wer entscheidet über Image und Bindekraft. Die Antworten der Beschäftigten, ihr seht sie auf der Folie, waren überdeutlich:

Schon daher sind die Wahlen zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung von uns von strategischer Bedeutung.

Bei den Betriebsratswahlen 2006 konnten wir eine Trendwende erreichen. Nach über 4 Wahlperioden mit sinkender Wahlbeteiligung, konnte diese, wenn auch nur leicht, erhöht werden. Es bleibt dabei: Betriebsratswahlen sind die Wahlen mit der höchsten Beteiligung in Deutschland - nirgends ist die demokratische Legitimation höher.

Steigern konnten wir auch den Stimmenanteil der IG Metall. Diese positive Gesamt-tendenz wurde dadurch getrübt, dass wir in einigen Betrieben eine Schwächung der gewerkschaftlichen Interessensvertretung durch Uneinigkeit in den eigenen Reihen hinnehmen mussten.

Gewählt wurden 2006 auch die Schwerbehindertenvertretungen. In 661 Betrieben wurden Schwerbehindertenvertretungen gewählt. Dies stellte leider einen leichten Rückgang dar. Die dort gewählten Kolleginnen und Kollegen kämpfen an vielen Stellen gegen Diskriminierung, für wirksame Eingliederung und geeignete Arbeitsbedingungen.

Die Vertrauensleutewahlen 2008 scheinen eine positive Trendwende zu bringen. Dies betrifft die Zahl der Vertrauenskörper, wie die Zahl der gewählten Vertrauensleute. Leider ist die Wahlerfassung noch nicht vollständig abgeschlossen. Doch zeichnen sich zwei weitere Tendenzen ab: Die Vertrauenskörper sind jünger geworden und insbesondere die Zahl der Vertrauensleute aus dem Angestelltenbereich hat signifikant zugenommen. Ein notwendiger Schritt, um die IG Metall in den Betrieben breiter zu verankern, die IG Metall in die Mitte der Beschäftigten zu rücken. Nur wenn wir den rasanten Wandel der Beschäftigtenstrukturen nachvollziehen, werden wir der

Gefahr einer Ghettoisierung gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht auf die Kernbereiche der Produktionsarbeit begegnen können.

Und hierzu gehört auch, dass wir für die Jugend der Ansprechpartner Nr. 1 bleiben. Nicht nur, wenn es um Ausbildungsfragen und Berufstart geht, sondern auch in der notwendigen gesellschaftspolitischen Prägung des Bewusstseins als Lohnabhängige.

Die Vermittlung unserer Kernideen, des gemeinsam Handelns, des solidarischen Einstehens, des Selbstbewusstseins, dass allein nichts, zu Vielen aber vieles erreicht werden kann, setzt eine lebendige Jugendarbeit der IG Metall voraus, die ihre Basis in den Betrieben hat.

Damit die Voraussetzungen für diese Basis verbessert werden, müssen wir im Herbst systematisch die JAV-Wahlen vorbereiten.

Kolleginnen und Kollegen,  
ohne eine systematische gewerkschaftliche Bildungsarbeit, ohne eine konsequente Bildungsplanung in den Betrieben und engagierte und qualifizierte Referenten, fehlt uns das Rüstzeug, das wir für die tägliche Auseinandersetzung brauchen.

Die IG Metall hat in einem langen Diskussionsprozess ihre Bildungsangebote neu strukturiert, an der der Bezirk intensiv mitgewirkt hat.

Heute können wir feststellen: Die Bildungsarbeit ist politisch und kompetent, ein Stück näher dran und qualitätsbewusst. Dafür sorgen einerseits die gewerkschaftlichen Bildungsstätten und ich darf hier insbesondere die Bildungsstätte Lohr benennen, aber vor allem auch eine Vielzahl ehrenamtlicher Bildungsreferenten. Ihnen gehört an dieser Stelle unser besonderer Dank.

Kolleginnen und Kollegen,

die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen zusammenzuführen, demokratische Willensbildungsprozesse in Ortsvorständen und Delegiertenversammlungen zu ermöglichen und die notwendige Unterstützung für die betriebliche Arbeit zu organisieren – das ist Aufgabe der Verwaltungsstellen.

Das ist Aufgabe unserer gewerkschaftlichen Betriebs- und Mitgliederbetreuung. Das verlangt Präsenz der IG Metall in der Fläche.

Die IG Metall Bezirksleitung hat sich daher drei Ziele erarbeitet, was die Entwicklung in Baden-Württemberg angeht:

Erstens: Die Präsenz in der Fläche, statt Rückzug aus der Fläche, erhöhen wir unsere Präsenz. So haben wir jüngst ein Service-Büro in Waldshut eröffnet. Die Verwaltungsstelle Heidelberg hat Büros in Mosbach und Sinsheim und wir planen zusammen mit DGB-Gewerkschaften und DGB-Rechtsschutz an einem gemeinsamen Standortkonzept.

Um die Präsenz in der Fläche zu sichern, ohne dass es unsere Ressourcen übersteigt und dennoch die erhöhten Anforderungen an fachlicher Beratung zu sichern, setzt sich im Bezirk die Kooperation zwischen Verwaltungsstellen in vielerlei Formen durch. Dieser Prozess wird von der Bezirksleitung aktiv gefördert. Was wir in der Bil-

dungsarbeit seit Jahren kennen, wurde ergänzt um die Kooperation in der Buchhaltung durch das regionale RVZ in Stuttgart. In 13 Verwaltungsstellen haben wir Kooperationsverträge zwischen Verwaltungsstellen in unterschiedlicher Form, bis hin zu einer gemeinsamen Geschäftsführung. In weiteren 7 Verwaltungsstellen gibt es gemeinsame verwaltungsstellenübergreifende Projekte.

Zweitens: Unser Schwerpunkt muss auf einer aktiven Jugendarbeit liegen. Hier müssen wir noch gezielter Ressourcen bereitstellen, aber insbesondere auch im Betrieb jugendliche Kolleginnen und Kollegen fördern und für gewerkschaftliches Engagement begeistern.

Die IG Metall Jugend Baden-Württemberg braucht ein eigenständiges Gesicht und ich hoffe ein freches und einforderndes. Jugendarbeit kann nicht heißen: Der rote Großvater erzählt. Jugendarbeit muss von der Jugend gestaltet werden, aber wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen und die Jugend unterstützen. Die vom Vorstand für 2009 geplante jugendpolitische Kampagne wird ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Dies beginnt mit der Werbung neuer Azubis im Herbst und den JAV-Wahlen in möglichst vielen Betrieben.

Drittens: Wir müssen der IG Metall nicht nur das Gesicht einer schlagkräftigen Industriegewerkschaft, sondern auch das Gesicht einer Gewerkschaft geben, die sich um die beruflichen Interessen ihrer Mitglieder kümmert. Wir sind eben auch die Gewerkschaft der Facharbeiter, der Ingenieurinnen und Ingenieure, der Sekretärinnen, der Techniker, der Meister.

Ich bin überzeugt, wir brauchen diese berufsfachliche Profilierung, um im strategischen Feld der qualifizierten und hochqualifizierten Beschäftigten nach vorne zu kommen.

Dies beginnt mit der Vorfeldarbeit. Ich bin sehr erfreut, dass es uns auch mit kräftiger Förderung durch die IG Metall gelungen ist, nun an 5 Hochschulstandorten Informationsbüros des DGB einzurichten. Wir haben eben mit großem Aufwand ein Engineering-Projekt gestartet. Ihr könnt draußen eine erste Präsentation sehen. Und wir planen ab Herbst eine Neubelebung unserer Meisterarbeit.

Die Arbeitgeber würden uns gerne in die Nische der Interessenswahrer des Klientel's der weniger werdenden Produktionsarbeiter drängen.

Ob es um die Infragestellung unserer Regelungskompetenz bei BA-Studenten geht, ob es um die Begrenzung des Zugangs auf Altersteilzeit für Schichtarbeiter oder um die Definition von Entgeltgruppen über der heutigen EG 17 geht, überall ist der Versuch erkennbar, die IG Metall zu ghettoisieren. Wir wollen und müssen aber in der Mitte unserer sich wandelnden Belegschaften bleiben, um auch morgen die Gestaltungsmacht von heute zu haben. Mein Lieblingsarbeitgeber Roell sagt mir immer: Das sind doch nicht ihre Leute. Ich sage: Alle abhängig Beschäftigten sind unsere Leute.

Wir lassen uns nicht an den Rand drängen, wir sind nicht Cockpit für einzelne Beschäftigtengruppen, sondern eine Klassenorganisation und daher müssen wir in Politik und Handeln immer die Gesamtheit der Belegschaft im Auge haben.



Präsenz in der Fläche erhöhen, der Jugend eine hohe Priorität zumessen und die IG Metall berufsfachlich profilieren – das sind die Ziele, mit denen wir eine erfolgreiche gewerkschaftliche Interessensvertretung nachhaltig nach vorne bringen wollen. Dies sind Investitionen in die Zukunft, die jetzt zu tätigen sind und dies heißt, auch dafür Ressourcen bereitzustellen.

Menschen gewinnen für ein solidarisches Handeln – das verlangt aber vor allem auch eine klare Orientierung in unseren Handlungsebenen, der Betriebs- Tarif- und Gesellschaftspolitik.

### **Menschen gewinnen – durch unsere gewerkschaftliche Betriebspolitik**

Die gewerkschaftliche Betriebspolitik war in den letzten Jahren extremen Herausforderungen ausgesetzt:

Aber an ihr entscheidet sich die Bindekraft unserer IG Metall. Es sind dies die Fragen, wo Gewerkschaftsarbeit unmittelbar erlebbar ist, wo gewerkschaftliche Solidarität erkennbar, für jeden erfahrbar wird.

Und wir waren immer dort besonders erfolgreich, wo wir die Beschäftigten, die Mitglieder mit einbezogen haben in diese Auseinandersetzungen, wo wir den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht stellvertretend ausfochten, sondern das Engagement der Beschäftigten mit in die Waagschale warfen.

Auch wenn nicht jeder Konflikt gewonnen wurde, der Zwang zur klaren Sprache, um diese Themen mobilisierbar zu machen, die Einbeziehung der Menschen, nicht als Zuschauer, sondern Akteure gewerkschaftlicher Betriebspolitik, haben uns in den allermeisten Fällen ein Mehr an Bindekraft in den Belegschaften gesichert.

Lasst mich aus der Vielzahl der betrieblichen Konflikte nur drei Beispiele exemplarisch benennen.

Etwa der Konflikt um die ERA-Einführung. Beispiel ZF Friedrichshafen.

Die systematische Begleitung dieses Konfliktes durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall im Betrieb, die Transparenz über Verhandlungsstände half nicht nur dem Betriebsrat Druck aufzubauen, sondern trug auch zu einer Stärkung der Mitgliederbasis bei.

Über 623 neue Mitglieder und damit ein Plus von 20% der Mitgliedschaft konnte trotz der oft schwierigen Debatten um ERA erreicht werden. Darunter auch Mitgliedererfolge, in den bis dahin kaum zugänglichen Entwicklungsbereichen.

Das Ergebnis gesteigerter Kampfkraft im Betrieb und harter Verhandlung: 70% der Beschäftigten waren ERA-Gewinner, es gab nur eine einmalige Anrechnung bei Überschreiten in der letzten Tarifrunde und eine Verdienstsicherung für Leistungslöhner ab dem 48. Lebensjahr konnte erreicht werden.

Nicht überall konnten wir die gleichen Erfolge erzielen. Aber überall dort, wo wir das Tal des Jammerns verließen und den Kampf um Entgeltgruppe und Leistung auf-

nahmen, konnten wir trotz des massiven Sperrfeuers der Arbeitgeber und Südwestmetall Erfolge erzielen.

Insbesondere aber auch deutlich machen, wo die Ursache dieser oft skandalösen Angriffe auf Selbstwert und Entgelt der Menschen liegt:

Nicht im Tarifvertrag, sondern seiner skandalösen Wendung gegen die Beschäftigten durch die Arbeitgeber.

Bis zum offiziellen Ende der Einführungsphase Ende Februar hatten 65% der Betriebe mit 85% der Beschäftigten ERA eingeführt, oft aber noch nicht den Einführungsprozess abgeschlossen. 150 Betriebe haben Antrag auf Fristverlängerung gestellt. Der Einführungsprozess von ERA wird uns daher auch noch 2009 begleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Kampf um Arbeitsplätze und die Bedrohung unserer Tarifstandards durch Erpressungsdruck der Arbeitgeber war ein weiteres Konfliktfeld zahlreicher betrieblicher Auseinandersetzungen. Auch hier ein Beispiel: Marquardt in Riedheim-Weilheim. Hier verband die Geschäftsleitung die Zusage, Beschäftigung nicht an vorhandene Produktionsstandorte in Osteuropa zu verlagern, mit der Forderung nach der 42 Stunden Woche. Erstmals in der Geschichte dieser Region haben zweimal 1.000 Beschäftigte des Unternehmens darauf hin die Arbeit niedergelegt und an Protestaktionen der IG Metall teilgenommen. Der Mitgliederstand konnte von 200 auf 600 gesteigert werden.

Das Ergebnis: Zusagen zur Garantie einer Mindestbeschäftigtenzahl, Übernahme der befristeten Beschäftigten, Garantie des Ausbildungsvolumens und eine jährliche Investitionszusage von 20 Mio. Euro.

Eine schon vereinbarte längere Arbeitszeit von 37,5 Stunden wird in einem Stufenplan bis 2013 auf 35 Stunden rückgeführt.

Die Auseinandersetzungen um Beschäftigung und Standortsicherung und entsprechender betrieblicher Tarifregelungen haben auch konjunkturbedingt 2007 und auch 2008 deutlich nachgelassen. Dagegen stieg die Zahl der auslaufenden Regelungen. Neben der nackten Zahl, hat sich auch die Qualität der Regelungen verbessert, Dies betrifft einerseits die Vereinbarung von Stufenplänen zur Rückkehr zum Flächenniveau, andererseits die Qualität der Zusagen.

Neben dem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, treten zunehmend Zusagen zur Beschäftigtenzahl, Investitions- und Produktzusagen, Festlegung von Ausbildungsplätzen, Ausschluss oder Begrenzung von Leiharbeit.

Über 280.000 Arbeitsplätze wurden zwischenzeitlich mit diesen Regelungen abgesichert und ein Investitionsvolumen von 3,5 Mrd. Euro für Standorte in Baden-Württemberg vereinbart.

Dabei gilt es weiter sorgsam zu beobachten, dass unsere Flächentarifnorm weiter Bezugspunkt bleibt und nicht die Regel zur Ausnahme wird. Weiter müssen wir diesen Prozess noch intensiver auch industriepolitisch begleiten und frühzeitiger Gefährdungsanalysen erstellen und Handlungsalternativen erarbeiten. Dies gilt insbesondere für den Zeitraum 2011/2012 wo bei allen Fahrzeugherstellern und vielen Zulieferern langfristige Beschäftigungssicherungsverträge auslaufen werden.

Mit einer Aktionskonferenz im Frühjahr hat der Bezirk unter dem Motto „Leiharbeit Verhindern – begrenzen – gestalten“ eine Intensivierung unserer Auseinandersetzung um prekäre Beschäftigung eingeleitet. Dabei können wir auf viele erfolgreiche Beispiele aufbauen.

Ein Beispiel der erfolgreichen Auseinandersetzung ist die Firma Acument in Schrozberg. Hier sollte die Leiharbeit massiv ausgeweitet werden. Durch eine konsequente Haltung der Belegschaft und des Betriebsrats konnte eine deutliche Begrenzung der Leiharbeit durchgesetzt werden. Am Organisationsgrad bei Acument

lässt sich kaum noch etwas verbessern. Dennoch wurden in den letzten Monaten 22 neue Mitglieder geworben.

Wir werden die Auseinandersetzung um Leiharbeit auf allen Ebenen weiterführen: auf der betrieblichen durch Betriebsvereinbarungen, aber auch durch Ergänzungstarife. Wir akzeptieren keine 2-Klassen-Gesellschaft im Betrieb. Die alte Forderung der Arbeiterbewegung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss auch für Leiharbeit gelten.

### **Menschern gewinnen – durch unsere Tarifpolitik**

Die Nahtstelle zwischen Betrieb- und Tarifpolitik ist enger geworden. Und das ist gut so. Nur durch eine betriebsnahe Tarifpolitik können wir die Schutz- und Gestaltungskraft unserer Tarifverträge wirksam werden lassen. Flächentarifliche Normsetzung muss mit betrieblichen Inhalten gefüllt werden. Dies kann durch Mitbestimmung oder durch eine ergänzende oder abweichende betriebsnahe Tarifnorm erfolgen.

Dabei ist die zentrale Rolle des Flächentarifs als unsere effektivste Waffe einer überbetrieblichen solidarischen Tarifpolitik unbestritten.

Für die vergangenen Jahre können wir feststellen: Der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum wurde durch unsere Tarifpolitik ausgeschöpft, dennoch führten die extremen Produktivitätsschübe in der Metall- und Elektroindustrie zu einem weiteren Sinken der Lohnstückkosten und einem deutlichen Anstieg der Profite.

Dies gilt auch für die jüngsten Tarifabschlüsse: Mit den Tarifbewegungen 2006 und 2007 konnten wir im Ergebnis eine faire Beteiligung der Beschäftigten am gesamtwirtschaftlichen Wohlstand sichern.

Dies verlangte in beiden Tarifrunden eine große Kraftanstrengung. Über 280.000 Warnstreikende 2006, auch zur Sicherung unseres LRTV II, über 154.000 Warnstreikende in nur 3 Tagen 2007 – der Bezirk war und bleibt Herz und Motor der Tarifpolitik dieser IG Metall.

2007 titelten die Zeitungen: "Sieg für die Metaller" – und in der Tat konnten wir wieder einmal auch zahlreiche Gegenforderungen der Arbeitgeber, so ihren Ruf nach einer Variabilisierung des Weihnachtsgeldes zurückweisen. Die 2007 eingeführte Differenzierungsoption sicherte uns ein Mehr an Tarifvolumen, praktisch fand sie, so unsere erste Übersicht, auch auf Grund der guten Konjunktur kaum Anwendung.

Was wir aber zur Zeit erleben, ist eine massive Entwertung unseres Tarifabschlusses durch eine extreme Steigerung der Verbraucherpreise.

67% Mehrkosten bei Heizöl, 15% bei Kraftstoffen, 8% bei Nahrungsmitteln – die Inflation frisst die Lohnzuwächse auf.

Profitieren tun die internationalen Energie- und Nahrungsmittelkonzerne und die Spekulanten des internationalen Finanzmarktes die ihre Finanzanlagen aus dem Immobilienbereich in die Spekulation mit Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen massiv umschichteten.

Hier wäre, auch angesichts der massiven Ausfallbürgschaften, die in Folge der Immobilienkrise letztlich aus Steuergeldern zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Bankensystems getätigt wurden, staatliches Handeln angesagt. Nicht im Sinne des Herrn Ackermann, der in der Not den Staat als Retter erkennt, sondern durch eine dringend notwendige stärkere Regulierung der internationalen Finanzmärkte.

Stattdessen erfreut uns die Politik mit einer Neuauflage der Bierdeckeldebatte.

„Wie steigende Steuern ihre Lohnerhöhung auffressen“ – titelte der Spiegel im April.

Die hinterlegte Schlussfolgerung: Lohnerhöhungen lohnen sich nicht – Steuer- und Abgabensenkung ist angesagt.

Kolleginnen und Kollegen, ganz sicher: Die verfehlte Steuerpolitik der Bundesregierung, die Belastung der Haushalte durch die Mehrwertsteuererhöhung und die zunehmende Entlastung der Unternehmen, etwa durch die Reform der Körperschaftsteuer, ist zu kritisieren. Wir müssen laut und deutlich sagen: Schluss mit den Eingriffen in die Arbeitnehmerhaushalte – die Streichung der Pendlerpauschale muss weg und dies gerade jetzt angesichts galoppierender Spritpreise.

Und wir brauchen eine weitere Entlastung der unteren und mittleren Einkommen.

Aber eines ist auch klar: Unser Ziel ist kein armer Staat, sind keine leeren Sozialkassen. Unser Ziel ist keine Bierdeckelromantik á la Merz, die die Reichen entlastet und die Armen jeder sozialen Sicherung und Chancengleichheit beraubt.

Kolleginnen und Kollegen,  
vor der Umverteilung durch den Staat entscheiden wir über unsere Tarifpolitik, was umzuverteilen ist. Dies ist und bleibt originäre Aufgabe einer aktiven Lohnpolitik der Gewerkschaften.

Dies gilt auch für die vor uns liegende Tarifrunde bei Metall- und Elektro. Der prognostizierte verteilungsneutrale Spielraum liegt bei deutlich unter 4%. Auch der Blick auf die Metallkonjunktur hilft uns da nicht wesentlich weiter.

Lohnpolitik ist aber nicht nur ökonomischer Dreisatz, sondern zunächst Politik. Und unsere Politik kann keine Politik der Bescheidenheit in einem Umfeld einer zur Zeit boomenden Industrie und der anhaltenden Gier und Jagd nach immer höheren Renditen und damit verbundenen Managergehältern sein.

Wir müssen unbescheiden bleiben, Kolleginnen und Kollegen, wir müssen deutlich machen: Schluss mit der Umverteilung zu Lasten der Lohneinkommen. Wir wollen mehr Gerechtigkeit in diesem Lande- -wir führen nie nur eine ökonomische, sondern immer auch eine zutiefst politische Lohnrunde.

Dabei geht es nicht um astronomische Forderungszahlen. Nicht die Forderung wird uns fordern, sondern dieses politische Wollen in ein Ergebnis zu bringen, das am Tag des Abschlusses, aber auch in seiner Wirkung danach, als Erfolg der IG Metall für Beschäftigteninteressen Bestand hat.

In den ersten 5 Monaten dieses Jahres stieg die Produktion der Metall und Elektroindustrie in Baden-Württemberg um 7% gegenüber dem Vorjahr, die Produktivität um 3,8%, die Beschäftigung um 3,7%, die Lohnstückkosten sanken um 1%. Dies sind gute, ja sehr gute Zahlen und die Erträge der Unternehmen bestätigen dies.

Aber die Einschläge von Negativmeldungen, die eine Eintrübung am Konjunkturhimmel verdeutlichen, häufen sich. Und dies nicht nur weil die Kapitalisten die Welt schlecht reden, da eine Tarifrunde vor dem Haus steht. Es sind leider hart belastbare Zahlen einbrechender Auftragseingänge, in einigen wesentlichen Betrieben des Bezirks. Dennoch, die positive Grundtendenz hält bis heute an.

Und daher brauchen wir eine breit getragene Forderung, die auch den ersten öffentlichen Sturm aushält, ohne dass die Zweifel in den eigenen Reihen beginnen.

Ich halte daher gar nichts davon, wenn jetzt schon öffentlich Zahlen genannt werden. Dies ist die vornehmste Aufgabe der Großen Tarifkommission im September. Dies gilt für den Bezirksleiter, wie für jeden anderen in dieser Organisation. Intensive Debatte intern ja, aber ein Auftreten nach außen geht nur einheitlich und abgestimmt.

Das Jahr 2008 könnte zu einem Jahr der lohnpolitischen Wende in Deutschland werden. Stahl, Chemie und öffentlicher Dienst haben uns die Vorlagen geliefert.

Und auch wir haben unseren Teil beigetragen, etwa durch unsere Tarifabschlüsse bei Textil- und Bekleidung und im KfZ-Handwerk. Und wir werden unseren Teil, da bin ich sicher, auch in der Entgeltrunde der Metall- und Elektroindustrie hinzufügen.

Kolleginnen und Kollegen,

das KfZ-Handwerk hat uns nicht nur mit einer ganz neuen Dimension der Tariffucht konfrontiert, sondern uns auch erfolgreich, man kann ja sagen, zu einer offensiven mitgliederorientierten Gegenstrategie gezwungen.

Die Auflösung der Landesinnung als Tarifverband und damit ein faktisch tarifloser Zustand in der Fläche verwies uns auf den Betrieb und unsere Mitgliederstärke im Betrieb als Basis unseres Handelns.

In einer hervorragenden Mobilisierungsaktion konnten wir unsere Mitgliederzahl im KfZ-Handwerk in den letzten Monaten um mehr als 40% erhöhen. 2000 neue Mitglieder allein in dieser Branche zeigen, dass die IG Metall auch im Bereich KMU handlungsfähig ist,

Und dafür steht auch das erzielte Ergebnis. Alle Angriffe der Arbeitgeber auf die Arbeitszeit und andere Tarifstandards konnten zurückgewiesen werden. Für über 85% unserer Mitglieder gelten weiter die Regelungen eines Flächentarifs.

Kolleginnen und Kollegen,

die vor uns stehende Entgeltrunde wird durch eine weiter offene Frage mit belastet, wie geht es weiter mit der Altersteilzeit ?

Die Arbeitgeber haben den Weg einer möglichen Einigung provokativ in der letzten Verhandlungsrunde am 27.6. verlassen. Sie wollen Altersteilzeit nur für einen Teil der Belegschaft, für die Produktionsarbeiter im Schichtbetrieb akzeptieren. Wir wissen aber: Gesundheitlicher Verschleiß ist nicht allein ein Thema dieser Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen eine Öffnung für alle Beschäftigtengruppen.

Und: Wir sind der Auffassung, jeder Beschäftigte muss die Möglichkeit haben in einem tariflich beschriebenen Rahmen selbstbestimmt seinen Übergang vom Arbeitsleben in die Rente organisieren zu können.

Man muss sich doch nicht dafür entschuldigen, Kolleginnen und Kollegen, dass man nach 30, 40 und oft noch mehr Jahren, die man für die Firma gebuckelt hat, sagt, jetzt reicht's.

Und Kolleginnen und Kollegen, wir wollen eine Lösung, die alle Betriebe im gleichen Umfang dazu zwingt sich Gedanken zu machen, wie sie eine tarifliche Mindestquote an Altersteilzeitfällen sinnvoll einsetzen können.

Nur so kommen wir in eine Verhandlungsmacht für Betriebsvereinbarungen, auch in der Vielzahl von Klein- und Maschinenbaubetrieben, Entwicklungsstätten ohne Schichtbetrieb, Wir werden nicht zulassen, dass Belegschaften abgekoppelt werden.

Die Arbeitgeber haben einen Verhandlungsweg, der diese Bedingungen erfüllt hätte, bewusst an die Wand gefahren.

Und dies, nachdem über 200.000 Metall- und Metallerrinnen in Baden-Württemberg deutlich gemacht haben: Dieses Thema ist nicht nur ein Thema für die Alten, es ist ein Stück Zukunftschance für die Jugend auf Ausbildung und Übernahme, und es ist eine belastbare Perspektive für alle, die sich wachsendem Leistungsdruck und ausufernden Arbeitszeiten konfrontiert sehen.

Aber auch für die Arbeitgeber gilt der Satz Herbert Wehners: „Wer aus der Tür raus geht, muss auch wieder rein kommen“. Nach erst zaghaftem Klopfen, haben sie uns nun offiziell auf eine Wiederaufnahme von Sondierungsgesprächen und gegebenenfalls Verhandlungen angesprochen. Die Große Tarifkommission und der Vorstand der IG Metall hat klar gemacht. Auch wir wollen weiter eine Lösung vor der Entgelt- runde, aber nicht um jeden Preis. Und der Preis ist nach diesem Verhalten der Arbeitgeber nicht kleiner geworden.

Und die Arbeitgeber müssen wissen: Kommt es zu keiner Lösung vor Beginn der Entgelt- runde, dann machen wir im Herbst keine langen Pirouetten, dann gibt es eine klare Zeittaktung, an deren Ende Urabstimmung und Streik stehen.

Das Zeitfenster dafür ist eng. Jetzt beginnt die Urlaubszeit, da verhandeln wir nicht, wenn die Kollegen am Strand liegen oder auf dem Balkon schwitzen. Aber am 4. September, wenn wir über die Forderung debattieren, wollen wir Klarheit.

### **Menschen gewinnen – durch aktive Gesellschaftspolitik**

Kolleginnen und Kollegen,

die Frage der Altersteilzeit berührt unmittelbar die Nahtstelle zwischen Tarif- und Gesellschaftspolitik

Und sie macht deutlich: Ohne ein deutliches gesellschaftspolitisches Profil und Engagement, werden die Grenzen für betriebs- und tarifpolitisches Handeln enger.

Gerade die letzten 4 Jahre waren geprägt durch eine Reihe gesellschaftspolitischer Herausforderungen, die wir aktiv aufgegriffen haben. Und auch hier war der Bezirk immer treibende Kraft.

Ein Höhepunkt war sicherlich unsere Mobilisierung gegen die Rente mit 67. Beginnend mit der Kundgebung im Oktober 2006 in Stuttgart, fortgeführt mit zahlreichen betrieblichen Aktionen mit über 75.000 Beteiligten, bis hin zur großen Funktionärskonferenz in Böblingen im März.

Wir haben dort deutlich gemacht: Auch wenn wir bis dato nicht politische Mehrheiten verändern konnten, wir geben den Widerstand gegen diese unsinnigen Rentenpläne nicht auf. Wir sagen weiter deutlich Nein zur Rente mit 67 und wir fordern rentenpolitische Alternativen, die eine solidarische Altersversorgung sichern, die die Menschen vor Altersarmut schützen und die auf breiteren Schultern ruht, als ausschließlich den Lohneinkommen.

Unser politischer Widerstand gegen die Agenda-Politik und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte war nicht erfolglos.

Wir konnten 2004 den massiven Angriff der faktisch großen Koalition gegen die Tarifautonomie zurückweisen.

Wir konnten 2007 dem Versuch der Aushöhlung der deutschen Mitbestimmung einen Riegel vorschieben.

Wir haben den Kündigungsschutz gegen weitergehende Deregulierungspläne verteidigt und eine verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für Ältere durchgesetzt.

Wir haben im internationalen Verbund erfolgreich gegen die Dienstleistungsrichtlinie gestritten.

Wir haben erste Schritte für unser Konzept eines Mindestlohnes durchgesetzt und damit Hunderttausende von Beschäftigten vor Lohndumping geschützt.

Wir haben erfolgreich die Entgeltumwandlung erhalten, den Vertrauensschutz für die Altersteilzeit und die Fortführung des Altersteilzeitgesetzes durchgesetzt und erste Breschen für eine Fortführung der Förderung geschlagen.

All dies ist nicht ausreichend, hat keine Abkehr von der Agenda-Politik im Grundsatz erbracht. Ich meine aber, die Beispiele zeigen, gesellschaftspolitischer Widerstand lohnt sich. Wir protestieren gegen Sozialabbau und Deregulierung nicht nur, weil es uns empört, wie eine Politik der Entsolidarisierung diese Gesellschaft immer weiter teilt. Wir haben auch Chancen diese Politik zu verändern.



In diesem Sinne legen wir euch auch heute eine Resolution gegen die Rente mit 67 - für eine solidarische Alterssicherung vor. Der Gewerkschaftstag hat eine entsprechende Initiative beschlossen und wir sollten dies auch aktiv aufgreifen.

Dazu gehört aber auch kritisch zu prüfen, welche Schwächen unsere bisherige Mobilisierung zur Rente mit 67 hatte. Zu oft war es die IG Metall allein, gelang es uns nicht, selbst alle DGB-Gewerkschaften und auch nicht darüber hinaus Sozialverbände und NGO's in eine solche Kampagne einzubinden. Das ist aber notwendig, wollen wir politische Mehrheiten verändern.

Wir können nicht am Schreibtisch Kampagnenpläne entwerfen und dann meinen, die Massen würden auf Knopfdruck marschieren, sozusagen der Vorstandsbeschluss als revolutionäre Tat. Ich mahne eindringlich an:

Lasst uns an diesem Thema der skandalösen Rentenpolitik weiter agieren, wir können und dürfen uns hier nicht wegducken. Aber vermeiden wir, unsere Leute auf die Bäume zu jagen, wenn wir nicht reale Chancen für ein breites soziales Bündnis sehen und dies an erster Stelle aller Kampagnenplanungen bearbeiten.

Dass wir die uns bewegenden gesellschaftspolitischen Themen, sei es die Rente mit 67, sei es die Leiharbeit, sei es die Frage des Mindestlohns oder mehr Steuergerechtigkeit, vor einem Wahljahr gezielt aufgreifen, ist unsere Pflicht.

Dabei lassen wir uns von niemand und schon gar nicht von politischen Parteien die Themen diktieren. Wir brauchen von dort auch keine guten Ratschläge, wie wir unser gewerkschaftliches Handeln ausrichten. Und wir werden gut daran tun, jedem, egal welcher Parteicouleur, kräftig auf die Finger zu hauen, wenn er meint, man könne die IG Metall als Transmissionsriemen einer parteipolitischen Agenda missbrauchen.

Die Bundesrepublik ist in einer fünf Parteien-Landschaft angekommen. Die alten Volksparteien haben deutlich an Bindekraft eingebüßt. Diese Aussage scheint nachhaltig stabil. Daraus folgt: Die IG Metall wird gut daran tun, mit jeder der demokratischen Parteien den Kontakt zu suchen und Arbeitnehmerinteressen einzubringen.

Kolleginnen und Kollegen,

die IG Metall ist dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft, schon aus unserer geschichtlichen Erfahrung und dem Blutzoll den die gespaltene deutsche Arbeiterbewegung erleiden musste, verpflichtet.

Dafür stehen die Namen von Hans Böckler, Willi Bleicher und vieler anderer.

Und gerade diese Kolleginnen und Kollegen, aber auch der Zukunft unserer Demokratie sind wir verpflichtet, wenn wir klar und deutlich sagen: Nazis raus aus diesem Land! Wir wollen endlich ein Verbot der neofaschistischen NPD.

Der Erfolg der NPD in Sachsen hat uns nochmals vor Augen geführt: Auch unsere Kolleginnen und Kollegen sind vor der Demagogie dieser Rattenfänger nicht gefeit. Wehret den Anfängen heißt daher, etwa im Vorfeld der baden-württembergischen Kommunalwahlen im Frühjahr 2009 überall rechtzeitig Flagge zu zeigen und sich

aktiv, möglichst in breiten Bündnissen, gegen eine Wahlbeteiligung von Neofaschisten zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein mündlicher Geschäftsbericht ist immer Ergänzung und Zuspitzung des euch zugegangenen schriftlichen Geschäftsberichts, der selbstverständlich mit zur Diskussion steht.

Über die Arbeit der Personengruppen diskutieren wir morgen ausführlich.

Über die bezirklichen Projekte wie die Arbeit der Agentur Q, das Projekt „Kompetenz und Innovation“, oder das erwähnte Engineering-Projekt könnt ihr euch an den Ständen im Foyer informieren.

Lasst mich zum Schluss einen Ausblick auf die vor uns liegenden Monate geben:

Vor uns liegt die Entgeltrunde 2008/2009 in der Metall- und Elektroindustrie. Wir werden bis Anfang September, wenn wir über die Forderung erstmals in der Tarifkommission diskutieren aber auch wissen, ob diese Tarifrunde neben Entgelt auch noch mit der offenen Frage der Altersteilzeit konfrontiert ist.

Ich meine, wir müssen für diese Tarifrunde unabhängig davon eine klare Taktzahl vorgeben. Es geht ja nicht um ein komplexes Thema wie die Altersteilzeit, sondern um eine Zahl.

Und unsere Kolleginnen und Kollegen haben angesichts steigender Spritpreise und Heizölrechnungen kein Verständnis, wenn wir da viele Aufwärmrunden drehen. Sie wollen eine ordentliche Erhöhung und diese möglichst bald auf Krallen.

Dies verlangt von uns, Verwaltungsstellen und Bezirksleitung, ein belastbares Konfliktszenario jetzt beginnend zu entwickeln, damit kein unnötiger Zeitverschub nach Ende der Friedenspflicht Anfang November auftritt.

Dies verlangt von uns allen durch aktive Mitgliederwerbung jetzt dazu beizutragen unsere Kampffähigkeit zu verbessern. Entsprechende Zielsetzungen und Maßnahmenpläne sollten für potenzielle Kampfbetriebe in den Verwaltungsstellen erarbeitet werden.

Im Herbst stehen weiter die Vorbereitung und Durchführung der JAV-Wahlen an. Aber auch die Werbung der neuen Auszubildenden. Ich hoffe heute deutlich gemacht zu haben: Ohne eine starke und aktive Jugendarbeit und möglichst viele jugendliche Mitglieder wird Demographie auch für die IG Metall zu einem Problem. Nehmen wir daher diese Herausforderung auf. Auch in der Umsetzung unserer Jugendkampagne 2009.

2009 stehen eine Reihe weiterer Tarifrunden in den Branchen an. Jetzt schon absehbar die bei Holz und Kunststoff. Hier haben die Arbeitgeber jetzt schon die Manteltarife gekündigt. Schaut man auf die Zahl der tarifgebundenen Betriebe in dieser Branche, den Organisationsgrad und die bestehenden betrieblichen Abweichungen, wird dies ein ganz schwieriges Terrain, das wir da zurückerobern müssen.

Für 2009 haben wir uns als Bezirk zum Schwerpunkt gesetzt, unsere Betriebspolitik durch gezielte Kampagnen zu den Themen der Arbeits-, Leistungs- und Arbeitszeitpolitik nach vorne zu bringen.

Themen werden sein: Schluss mit dem Verfall von Arbeitszeiten. Mitbestimmung statt Leistungsverdichtung ohne Ende. Alternativen zu einer Retaylorisierung und Entwertung von Arbeit durch aktuelle Produktionskonzepte. Wir werden dafür bis Ende des Jahres ein mit den Verwaltungsstellen abgestimmtes Konzept haben.

2009 wird auch ein Jahr sein, indem sich Gewerkschaften gesellschaftspolitisch besonders deutlich zu Wort melden müssen. Ich habe die Themen benannt.

Wir müssen zur Bundestagswahl unsere Themen und Positionen auch deshalb deutlich benennen, damit wir dafür sorgen können, dass unsere Leute zur Wahlurne gehen, auch wenn vielen der Verdruss an der Politik bis zum Abwinken reicht.

Damit wir all diese Aufgaben erfüllen können, brauchen wir Kampfkraft und dies heißt zuallererst Mitglieder. Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung, die Schaffung der dafür notwendigen Voraussetzungen in den Verwaltungsstellen und Betrieben – diese Aufgabe steht zentral über allen Handlungsfeldern.

Ich bin mir nicht bange, Kolleginnen und Kollegen, dieser Bezirk ist handlungsfähig, wir werden diese Aufgaben gemeinsam meistern.

Wir wollen kein Auseinanderdriften der Gesellschaft, sondern stellen dieser Entwicklung unsere Kraft, die Kraft der Solidarität entgegen.

Wir wollen Menschen gewinnen für unsere Werte einzutreten, damit Menschen gewinnen an Gerechtigkeit, Mitbestimmung und mehr Chancengleichheit, also mehr Selbstbestimmung auf allen Ebenen.

Das sind lohnende Ziele, Kolleginnen und Kollegen. Glückauf.